

**Amt Carbäk**  
**Moorweg 5**  
18184 Broderstorf

für die  
**Gemeinde Steinfeld**

**Niederschrift der  
öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung der  
Gemeinde Steinfeld**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 15.10.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Broderstorf, Sitzungszimmer des Amtsgebäudes

---

Anwesend sind:

Es fehlen:

Herr xxx

entschuldigt

**Tagesordnung:**

Öffentlicher Teil

Beginn: 19:00

Ende: 22:10

- 1 Begrüßung durch den Bürgermeister
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit (ordnungsgemäße Einberufung, Anwesenheit)
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 5 Informationen des Bürgermeisters und des Amtes
- 6 Bestätigung des öffentlichen Teils des Protokolls der letzten Sitzung
- 7 Festlegung der Haushaltsstelle zur Vereinnahmung des Gemeindeanteils an der Rücklagenzuführung des Amtes Carbäk im Haushaltsjahr 2007  
Vorlage: BV/KÄM/063/2008
- 8 überplanmäßige Ausgabe auf den Haushaltsstellen 910000.808000 und 910000.977000  
Vorlage: BV/KÄM/067/2008
- 9 außerplanmäßige Ausgabe auf der Haushaltsstelle 630000.935000  
Vorlage: BV/KÄM/068/2008
- 10 Auftragsvergabe für die Erneuerung des Daches an der Feierhalle auf dem Friedhof in Steinfeld  
Vorlage: BV/BAU/237/2008
- 11 Fördermittelanträge gem. Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILERL M-V) 2007-2013  
Vorlage: BV/BAU/238/2008

- 12            **Strompreisanpassung zum 01.01.2009**  
              **Vorlage: BV/BAU/239/2008**
- 13            **Erweiterung der 30 kmh-Zone im Ortsteil Öftenhäven**  
              **Vorlage: BV/BAU/248/2008**
- 14            **Beratung und Beschluss zur Umverlegung und Reparatur der Sammlerleitung Fienstorf**  
              **Vorlage: BV/BAU/247/2008**
- 15            **Beratung zur Sanierung des Gemeindebüros ( wird nachgereicht)**
- 16            **Erschließungsvertrag der Gemeinde Steinfeld mit der e.n.o. energy systems mbH Rerik**  
              **vom 17.10./06.11.2007 - Stellungnahme der Gemeindevertretung Steinfeld**  
              **Vorlage: BV/HRA/027/2008**
- 17            **Beratung und Beschluss der GV Steinfeld über den weiteren Verfahrensweg der Ge-**  
              **meinde für eine neue Gemeindestruktur - Info des Bürgermeisters über den aktuellen**  
              **Stand**  
              **Vorlage: BV/HAU/015/2008**
- 18            **Verschiedenes**

#### Nichtöffentlicher Teil

Beginn: 22:12

Ende: 22:25

- 19            Bestätigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der letzten Sitzung
- 20            Grundstückangelegenheit  
              Vorlage: BV/LIE/090/2008
- 21            Flächenübernahme laut Erschließungsvertrag  
              Vorlage: BV/LIE/091/2008
- 22            Grundstücksankauf  
              Vorlage: BV/LIE/092/2008
- 23            Anfragen und Mitteilungen

### **Protokoll:**

#### Öffentlicher Teil

zu 1            **Begrüßung durch den Bürgermeister**

Der Bürgermeister - begrüßt die Gemeindevertreter, die Gäste. Herrn xxx  
(Ltr. Bau-, Ordnungs- und Liegenschaftsamt) als Vertreter des Amtes und Frau xxx als  
Protokollantin.

zu 2            **Feststellung der Beschlussfähigkeit (ordnungsgemäße Einberufung, Anwesenheit)**

Es sind 8 von 9 Gemeindevertretern anwesend, Herr xxxxx fehlt wegen Krankheit. Die Beschlussfähigkeit  
ist gegeben.

Ein Gemeindevertreter macht darauf aufmerksam, dass die Ladungsfrist (7 Tage) nicht  
eingehalten wurden. Lt. der Kommunalaufsicht werden die Tage des Einwurfes und der  
Sitzung nicht mitgerechnet.

Der Bürgermeister teilt mit, dass das Finanzausschuss-Protokoll fehlte.

zu 3

### **Einwohnerfragestunde**

Frau xxxx fragt warum die Einwohner nicht durch eine Einwohnerversammlung hinsichtlich der neuen Gemeindestruktur beteiligt werden.  
Der Bürgermeister teilt mit, dass dazu unter TOP 17 Erläuterungen folgen.  
Weiterhin erinnert Frau xxx an den „Strauch“, der die Straßeneinsicht erschwert, sie bittet um Entfernung, da ein Rückschnitt nicht ausreichend ist.  
Der Bürgermeister nimmt dies auf.

Herr xxx fragt zum Stand „Grünflächenausgleich“.  
Herr xxx teilt mit, dass das Umweltamt dies vorantreiben soll.

zu 4

### **Änderungsanträge zur Tagesordnung**

Ein Gemeindevertreter macht darauf aufmerksam, dass Top 6 in der Nachtragstagesordnung fehlt.

zu 5

### **Informationen des Bürgermeisters und des Amtes**

Der Bürgermeister gibt folgende Informationen:

- Innenministerium M-V hat den Wahltermin (07.06.2009) mitgeteilt,
- Seit 10/2008 steht eine 2-Raum-Wohnung in Steinfeld leer (Herr Cimutta fragt, ob er darüber auf der Internetseite informieren kann. Herr xxx befürwortet die Veröffentlichung),
- das Sommerfest (06.09.2008) war erfolgreich,
- am 20.09.08 fand der Ausscheid der Jugendwehren statt,
- 24.09.08 Sitzung - Bau- und Finanzausschuss,
- 27.09.08 - Tag der offenen Tür (Forstamt Billenhagen) und Ziegenschau auf dem Ziegenhof Fienstorf,
- Herbstfeuerwerk/Erntedankfest,
- 29.09.08 Sitzung Kultur- und Sozialausschuss (auch zur Wahrnehmung der Festausschussaufgabe) mit geringer Teilnahme,
- 04.10.08 die Pilzwanderung (organisiert über Kultur- und Sozialausschuss) war erfolgreich, über 20 Teilnehmer,
- 12.10.08 Drachenfest Fienstorf (Feuerwehrverein),
- 09.11.08 „Herbstglühen“ (zunächst verschoben),
- 29.11.08 gemeinsamer Weihnachtsmarkt mit Kirchbesuch,
- 10.12.08 nächste Gemeindevertretersitzung (ggf. weitere außerplanmäßige Sitzung),
- 19.11.07 nächste Sitzung Bau- und Finanzausschuss (ggf. 1 Woche früher),
- November 2008 (abhängig vom Dienstplan des Bürgermeisters) im Lichthof oder im Saal von ..... Themen: Neue Gemeindestrukturen und 675-Jahre Steinfeld,
- hinsichtlich der Anfrage zur Nutzung der KiTa in Broderstorf bzw. Weggang nach Groß Lüsewitz wird mitgeteilt, dass 1 Kind aus Steinfeld die Einrichtung in Groß Lüsewitz nutzt (7 Kinder sind in Broderstorf, 5 Kinder in Klein Kussewitz und 5 in Rostock),

- die Spielplatzüberprüfung hat ergeben, dass alle Geräte sicher sind,
- die Nachtragshaushaltssatzung wurde genehmigt,
- für das Vorhaben „Errichtung Solaranlage in Öftenhåven“ liegt ein Ablehnungsbescheid (Anlage 1) vor,
- für die Dachsanierung der Feierhalle Friedhof liegt ein Zuwendungsbescheid über 8.270,55 € vor (Anlage 2).

Herr xxxx gibt folgende Informationen für das Amt:

- Hauptuntersuchung der gemeindlichen Spielplätze ist erfolgt,
- die Haushaltsplanung 2009 ist begonnen, es ist wichtig, dass eine gute Abstimmung erfolgt, da die Umsetzung von Vorhaben, die bei Planung nicht berücksichtigt wurden, sich schwierig gestaltet,
- in der Zeit: 01.10.-31.10. - ist das Verbrennen von Gartenabfällen zu bestimmten Zeiten (für 2 Stunden/Tag) erlaubt.

zu 6

#### **Bestätigung des öffentlichen Teils des Protokolls der letzten Sitzung**

Ein Gemeindevertreter hat eine Anmerkung zum Protokoll (TOP 12.5) der letzten Sitzung und trägt diese vor. Die Anmerkung wird dem Protokoll beigefügt (Anlage 3).

Es wird geäußert, dass im vorliegenden Protokoll (der letzte Sitzung) die Unterschrift des Bürgermeisters fehlt.

Weiterhin wird bemängelt, dass die Protokollanten ständig wechseln und die Äußerungen auf den Sitzungen teilweise nicht vollständig im Protokoll wiedergegeben werden.

Es wird vermutet, dass die Protokolle evtl. „manipuliert“ werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass er die vorliegende Sitzungsniederschrift (letzte Sitzung) gesichtet hat und Änderungen vorgenommen hat, die Originalunterlagen mit den Korrekturen sind unterschrieben.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld bestätigt den öffentlichen Teil der vorliegenden Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung vom 03.09.2008 ohne Änderungen.

#### **GV 06/01/2008**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugewandt ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 7

#### **Festlegung der Haushaltsstelle zur Vereinnahmung des Gemeindeanteils an der Rücklagenzuführung des Amtes Carbåk im Haushaltsjahr 2007**

**Vorlage: BV/KÄM/063/2008**

Ein Gemeindevertreter beantragt, das Geld für das Vorhaben „Solarlampe in Öftenhåfen“ zu verwenden (s. TOP 13).

Weiterhin wird vorgeschlagen, das Geld auf der HHSt. 630000.940000 zu vereinnahmen. Es wird außerdem mitgeteilt, dass durch die zu vereinnahmenden Haushaltsmittel die Kosten für eine Solarlampe gedeckt wåren.

Ein Gast verweist bei der Beratung auf die Sitzung des Bau- und Finanzausschusses.

**Beschluss 1:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15.10.2008, den aus der Rücklagenzuführung des Amtes im Haushaltsjahr 2007 auf sie entfallenden und auszugehenden Anteil in Höhe von 2.548,30 EUR auf der Haushaltsstelle

630000 . 940000 (allgemeine Baumaßnahmen)

zu vereinnahmen.

**GV 06/02/08**

**Beschluss 2:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15.10.2008 auf Antrag eines Gemeindevertreters, dass die vereinnahmte Summe für die Anschaffung einer Solaranlage (Öftenhåfen) anteilmåßig verwandt wird und diese noch 2008 errichtet wird.

**GV 06/03/08**

**Abstimmungsergebnis (Beschluss 1):**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

**Abstimmungsergebnis (Beschluss 2):**

Ja - Stimmen:	7
Nein - Stimmen:	1
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 8

**überplanmäßige Ausgabe auf den Haushaltsstellen 910000.808000 und 910000.977000**

**Vorlage: BV/KÄM/067/2008**

Der Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Ein Gemeindevertreter fragt, ob es sich dann um eine „zusätzliche Tilgung“ handelt, denn laut der Beschlussvorlage wird es so verstanden, dass eine Tilgung lediglich vorgezogen wird und dann im Folgejahr eine Tilgung weniger geleistet wird.

Die Gemeindevertreter fragen nach den Vorteilen.  
Es wird mitgeteilt, dass der Ursprungsgedanke die „Sondertilgung“ war.  
Die beschriebene Variante wird nicht befürwortet; dass was ursprünglich umgesetzt werden sollte, gibt die Beschlussvorlage nicht her.

Ein Gemeindevertreter macht darauf aufmerksam, dass Zwischentilgungen vom Kreditvertrag abhängen und insofern nur möglich sind, wenn sie lt. Kreditvertrag zugelassen sind.

Der Bürgermeister schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu erweitern.

Ein Gemeindevertreter macht darauf aufmerksam, dass der 31.12. kein Bankarbeitstag ist.

Ein Mitglied (als anwesender Gast) aus den Bau- und Finanzausschuss stellt den Antrag auf Rederecht und teilt mit, dass eine zusätzliche Tilgung gewollt wurde.

Es wird beantragt, dass dieser Tagesordnungspunkt in der nächsten Ausschusssitzung beraten wird, da noch eine Zuarbeit des Amtes hinsichtlich der ungeklärten Fragen erforderlich ist.

Ein Gemeindevertreter beantragt, dass Herr xxx (Bau- und Finanzausschussmitglied) Rederecht erhält.

Abstimmung: 4 x ja, 2 x nein, 1 x Enthaltung (**GV 06/04/08**)

Herr xxx gibt folgende Informationen:

Aufgrund der Nachfrage hinsichtlich der zusätzlichen Tilgung hat sich der Bau- und Finanzausschuss mit dieser Thematik befasst.

Es erfolgen 4 Tilgungen (quartalsweise)/Jahr. Es wird die 1. Rate aus dem Jahr 2009 vorgezogen, da in diesem Haushaltsjahr eine finanzielle Reserve besteht.

Das Amt möge bitte prüfen, ob eine Zusatztilgung möglich ist.

Ein Gemeindevertreter teilt mit, dass es sich dabei lediglich um Vorziehen von Zahlungen handelt.

Durch die Kämmerei sollen die Möglichkeiten geprüft werden.

Der Bürgermeister soll prüfen, warum am 31.03.2009 eine Rate zu leisten ist, weil der Zinsauslauf für Ende 02/2009 notiert ist.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15.10.2008 - dass eine Tilgung abhängig ist von der Empfehlung des Bau- und Finanzausschusses. Der Bürgermeister darf den Auftrag entsprechend der Empfehlung des Ausschusses auslösen.

#### **GV 06/05/08**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja - Stimmen: 8  
Nein - Stimmen: 0

Stimmhaltung: 0

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen.  
Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 9

**außerplanmäßige Ausgabe auf der Haushaltsstelle 630000.935000**  
**Vorlage: BV/KÄM/068/2008**

Herr xxx erläutert, dass zur Realisierung Angebote eingeholt wurden. Es liegen 3 Angebote vor (Bxxx 2.410,94 €, Hxxx 2.641,21 € und Lxxx 2.197,72 € (Bruttopreise). Das Ursprungsangebot von Herrn xxx musste überarbeitet werden, da die Absicherung nicht ausreichend war.

Zu v.g. Preisen kommen die Kosten für den Hausanschluss und die Säule von insges. 684,25 € (brutto) hinzu. Somit betragen die Gesamtkosten ca. 2.900,00 €.

Ein Gemeindevertreter fragt, ob ein Vor-Ort-Termin mit der E.dis durchgeführt wurde. Es wird mitgeteilt, dass der Sinn einer Begehung ist, eine günstige Alternative zu finden, es ging nicht um die Kosten; nur um eine Lösung.

Es wird mitgeteilt, dass das Anmieten (zeitweise) eines Stromerzeugers zu teuer ist (ca. 400,00 €/Wochenende).

Es wird nach der Bindefrist gefragt.

Herr xxx teilt mit, dass es keine Bindefrist gibt.

Ein Gemeindevertreter fragt ob die Kabelverlegung (50 - 60m) im Preis inbegriffen ist. Nach Sichtung der Angebote wird geäußert, dass diese Kosten nicht enthalten sind.

Ein Gemeindevertreter beantragt Herrn xxx Rederecht zu erteilen.

Herr xxx teilt mit, dass es 3 Gespräche gab. In der nächsten Woche findet eine Vor-Ort-Begehung mit der e.dis statt, um festzustellen, wo der günstigste Anschlusspunkt ist.

Ein Gemeindevertreter stellt den Antrag diese Angelegenheit in den Bau- und Finanzausschuss zu verweisen, um auch die Erkenntnisse aus den Vor-Ort-Termin zu berücksichtigen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15.10.2008 aufgrund des Antrages eines Gemeindevertreters den TOP 9 in den Bau- und Finanzausschuss zu verschieben.

**GV 06/06/08**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja - Stimmen: 7  
Nein - Stimmen: 0  
Stimmhaltung: 1

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen.  
Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 10

**Auftragsvergabe für die Erneuerung des Daches an der Feierhalle auf dem Friedhof in Steinfeld**

### **Vorlage: BV/BAU/237/2008**

Der Bürgermeister informiert über die Auswertung der Angebote (Inhalt s. Anlage 4).

Ein Gemeindevertreter fragt, ob es sich um einen Festpreis handelt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass unvorhergesehene Sachen neu vereinbart werden müssen.

Ein Gemeindevertreter macht darauf aufmerksam, dass das Leistungsverzeichnis zu prüfen ist.

Es wird empfohlen, die Beschlussfassung von der Prüfung des Leistungsverzeichnisses abhängig zu machen. Herr Grunow, Herr xxx, Herr xxx und Herr xxx könnten die Prüfung übernehmen.

Der Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass es aber nicht um Kleinigkeiten gehen sollte, sondern das Leistungsverzeichnis muss im Wesentlichen in Ordnung sein.

Es wird festgestellt, dass die Dachklempnerarbeiten nicht Bestandteil des Leistungsverzeichnisses sind. Dies ist entsprechend des Fördermittelbescheides (Vgl. Anlage 2) zu begründen.

Es ist im Vorfeld keine Angebotsabfrage erfolgt, da dies bei Aufträgen mit Fördermitteln ausgeschlossen ist.

Das Leistungsverzeichnis wurde durch das Amt der Gemeinde zur Verfügung gestellt, aber das Leistungsverzeichnis lag anscheinend den Ausschussmitgliedern nicht vor. Ein Gemeindevertreter möchte, dass geklärt wird, wo die Sache abgeblieben ist.

Der Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass wahrscheinlich eine Überschneidung vorlag.

Die Gemeindevertreter meinen, dass v.g. Personen das Leistungsverzeichnis und die Angebote prüfen.

Es wird angefragt inwieweit Nachverhandlungen möglich sind.

Herr xxx äußert, dass dies problematisch ist, aufgrund der Zuwendung bestehen gewisse Grenzen.

Die Anwesenden äußern, dass „Blecharbeiten“ eine Position ist, die ausufert.

Zur Prüfung des Leistungsverzeichnisses und der Angebote wird als Termin: 16.10.08, 13:30 Uhr vereinbart (Teilnehmer: Frau xxx, Herr xxx, Herr Grunow, Herr xxx - im Amt).

#### **1. Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15. Oktober 2008, dass der Bürgermeister und sein Stellvertreter bevollmächtigt werden, den wirtschaftlich günstigsten Bieter gem. der beschränkten Ausschreibung mit der Erneuerung des Daches für die Feierhalle auf dem Friedhof in Steinfeld zu beauftragen. **Vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindevertreter/sachkundigen Einwohner Herrn Grunow, Herrn xxx. Sofern keine wesentlichen Sachen vorliegen, wird der Bürgermeister bevollmächtigt den Auftrag auszulösen.**

#### **GV 06/07/08**

#### **2. Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15. Oktober 2008, der voraussichtlichen überplanmäßigen Ausgabe von ca. 3.000 € auf der HH 2.7500.9400 gem. § 52 Kommunalverfassung M-V zuzustimmen. Der Zuwendungsbe-

scheid über 8.270,65 € liegt mit Datum 24.09.2008 vor. Diese Zuwendung ist eine überplanmäßige Einnahme auf der HH 2.7500.3610, die zur Deckung von Mehrausgaben auf der HH 2.7500.9400 herangezogen werden kann.

#### **GV 06/08/08**

##### **Abstimmungsergebnis Beschluss 1:**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

##### **Abstimmungsergebnis Beschluss 2:**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 11

#### **Fördermittelanträge gem. Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILERL M-V) 2007-2013 Vorlage: BV/BAU/238/2008**

Der Bürgermeister teilt mit, dass eine Stellungnahme zur Dorferneuerung abzugeben ist. Der Termin 30.11.2008 ist unbedingt einzuhalten.

Herr xxx teilt mit, dass die Beschlussvorlage für alle Gemeinden in gleicher Form erstellt wurde, der Weg zum Bolzplatz ist auch in der Auflistung enthalten, dafür bittet er um Entschuldigung.

##### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15. Oktober 2008 aufgrund eines Antrages, dass über diese Angelegenheit im Bau- und Finanz- ausschuss beraten werden soll. **Aufgrund dessen wird der Termin für die Ausschuss- sitzung auf den 12.11.2008 verlegt.**

#### **GV 06/09/08**

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 12

#### **Strompreisanpassung zum 01.01.2009**

**Vorlage: BV/BAU/239/2008**

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15.10.2008, die ab 01.01.2009 neu geltenden Strompreise der E.ON edis Vertriebs GmbH zu akzeptieren und durch Unterschrift des Bürgermeisters sowie einer seiner Stellvertreter zu bestätigen und somit den Stromliefervertrag mit diesem Versorger um ein weiteres Jahr zu verlängern.

**GV 06/10/08**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 13

**Erweiterung der 30 kmh-Zone im Ortsteil Öftenhären**

**Vorlage: BV/BAU/248/2008**

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15. Oktober 2008 für die Beschilderung des gesamten Ortsteiles Öftenhären mit der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h einen Antrag an den Landkreis Bad Doberan zu stellen.

**GV 06/11/08**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 14

**Beratung und Beschluss zur Umverlegung und Reparatur der Sammlerleitung Fienstorf**

**Vorlage: BV/BAU/247/2008**

Es erfolgt eine Videovorführung - aus der man sich einen Überblick über Zustand des Schachtes verschaffen kann.

**Die Erstellung einer Kopie ist erwünscht.**

Über den Schachtzustand wurde bereits im Bau- und Finanzausschuss beraten. Vielleicht ist es möglich ein Rohr einzuziehen..

Es wird diskutiert, welche Ansprüche gegenüber den Schuldigen geltend gemacht werden können.

Der Bau- und Finanzausschuss hatte geäußert - das Ingenieurbüro in Regress zu nehmen, da dieses durch die Gemeinde vertraglich gebunden wurde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass keine Verträge mit der Gemeinde Steinfeld geschlossen wurden, die Umsetzung lief über den WWAV und Eurawasser.

Eine Mängelanzeige müsste also an den WWAV gerichtet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Umverlegung und die Reparatur gesondert zu betrachten sind.

Der Bürgermeister informiert auch, dass der Grundstückskaufvertrag über die betroffene Grundstücksfläche (Privateigentümer./ Landgesellschaft M-V) diesbezüglich eine Regelung enthält, da der Kaufpreis aufgrund dieser Tatsache gemindert wurde.

Ursprünglich sollte es sich um ein Gewässer handeln, nach neuester Mitteilung ist es kein Gewässer.

Für die Instandsetzung/Sanierung sind 10T€ eingestellt, diese sind voraussichtlich nicht ausreichend.

Ein Gemeindevertreter fragt, ob die Mängelanzeige bereits an den WWAV gerichtet wurde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dies noch nicht erfolgt ist, da die Niederschrift erst jetzt vorliegt.

Die Regenwasserleitung ist im Grundbuch nicht gesichert.

Ein Gemeindevertreter befürwortet der Empfehlung des Bau- und Finanzausschusses zu folgen.

Die Beschlussvorlage zielt auf die Mängelbeseitigung (Mittelleinsatz) - dazu kann mit den jetzigen Angaben keine Entscheidung erfolgen, da nicht genügend Informationen vorliegen.

Herr xxx äußert, dass das Verfahren zur Mängelbeseitigung durch die Gemeinde vorangetrieben werden kann, indem man Angebote einholt. Die Sicherung der Leitung im Grundbuch ist vor Investition notwendig. Es gibt unsichere Angaben zum Grundstückskaufvertrag.

Herr xxx beschreibt die Problematik und macht darauf aufmerksam, dass die Schächte in Verbindung mit der Straße stehen. Es besteht eine Vernässungsgefahr im Straßenbereich.

Die Gemeindevertreter einigen sich auf folgende Maßnahmen:

1. an den WWAV ist zur weiteren Klärung, eine Mängelanzeige zu richten.
2. die Sicherung der Regenwasserleitung ist durch das Amt zu klären.
3. die Vereinbarungen zum Leitungsrecht im Grundstückskaufvertrag sind erforderlich.

Herr xxx macht auf die Äußerungen von Herrn xxx aufmerksam, es sollten vorsorglich unerbindliche Angebote eingeholt werden. Bis zur nächsten Bau- und Finanzausschusssitzung soll Leistungsverzeichnis vorbereitet werden, dass Video kann als Grundlage genutzt werden.

Ein Gemeindevertreter übergibt einen Firmenkontakt. (Anlage 5).

**Beschluss 1:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in der Sitzung am 15.10.2008 folgende Maßnahme hinsichtlich der Sammlerleitung einzuleiten.

- 4.an den WWAV ist zur weiteren Klärung, eine Mängelanzeige zu richten.
- 5.die Sicherung der Regenwasserleitung ist durch das Amt zu klären.
- 6.die Vereinbarungen zum Leitungsrecht im Grundstückskaufvertrag sind erforderlich.

**GV 06/12/08**

**Beschluss 2:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in der Sitzung am 15.10.2008 dass bis zur nächsten Bau- und Finanzausschusssitzung ein Leistungsver- zeichnis für die Instandsetzung/Reparatur der Sammlerleitung erstellt wird. Grundlage ist das vorgeführte Video.

**GV 06/13/08**

**Abstimmungsergebnis - Beschluss 1:**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

**Abstimmungsergebnis - Beschluss 2:**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 15

**Beratung zur Sanierung des Gemeindebüros ( wird nachgereicht)**

Der Bürgermeister informiert, dass es keine weiteren Nachforderungen von Herrn xxx geben wird. Es gab einen Vor-Ort-Termin. Die Wände sind feucht. Daher ist das Gemein- debüro vorerst geschlossen.

Es müssen Trockner hingestellt werden (dazu ist ein Nachtrag möglich), dies Bedarf der Zustimmung der Gemeindevertretung. Herr Grunow soll anschließend noch mal nach- messen. Ein gewisser Trocknungsgrad muss vorhanden sein, erst dann erfolgt die Sanie- rung.

Die Mängelbeseitigung der Schiene muss erfolgen, die Dämmung muss angebracht wer- den.

Dann können auch die Maßnahmen (Regenentwässerung beider Häuser) außerhalb fort- geführt werden.

Einige Maßnahmen können auch mit eigener Hilfe umgesetzt werden.

Das Geld steht zur Verfügung.

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass Zusatzkosten lediglich für die Entfeuchter und Trockner anfallen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld bestätigt in der Sitzung am 15.10.08 die Übernahme der Kosten für die Entfeuchter und Trockner.

**GV 06/14/08**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 16

**Erschließungsvertrag der Gemeinde Steinfeld mit der e.n.o. energy systems mbH Rerik vom 17.10./06.11.2007 - Stellungnahme der Gemeindevertretung Steinfeld  
Vorlage: BV/HRA/027/2008**

Herr Nagel - als stellvertretende Bürgermeister - übernimmt die Leitung der Sitzung.

Der stellvertretende Bürgermeister teilt mit, dass es keine Grundlage gibt, etwas in dieser Richtung zu unternehmen. Der LVB und der Amtsvorsteher haben die Schuld auf sich genommen. Durch den Amtsausschuss wurde nichts unternommen, somit ist die Sache erledigt.

Die Beschlussvorlage hätte von der Tagesordnung entfernt werden müssen, da die Unterlagen nicht zeitgemäß vorlagen.

Der stellvertretende Bürgermeister zitiert zwei Telefonanrufe von Herrn Dr. xxx; die durch Herrn Dr. xxx ursprünglich zum 02.10.2008 zugesagten Unterlagen erreichten den Stellvertreter des Bürgermeisters zu spät. Der Entwurf lag zeitgleich mit den Sitzungsunterlagen vor.

Dieser Umgang mit den Gemeindevertretern wird kritisiert.

Es sind zwei Beschlüsse zu fassen.

Es gab diesbezüglich Rücksprachen mit der Kommunalaufsicht (Frau xxx).

Frau xxx hat mitgeteilt, dass die Widmung der Straße unerheblich ist, die Gemeinde hat die ordnungsgemäße Befahrbarkeit sicher zu stellen; fraglich ist, ob eine Ausschreibung erforderlich gewesen wäre.

Der stellvertretende Bürgermeister macht den Vorschlag den Beschlussvorschlag 1 zu beschließen, wenn der schriftliche Vertrag - von e.no unterzeichnet - vorliegt; inhaltlich sollte der Vertrag so gestaltet werden, dass ein evtl. Rechtsnachfolger die Regelungen des Vertrages übernimmt.

Der Bau- und Finanzausschuss soll einen Formulierungsvorschlag erarbeiten.

Der stellvertretende Bürgermeister erklärt seine Bereitschaft an dieser Ausschusssitzung teilzunehmen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 15.10.2008 aufgrund eines Antrages die Angelegenheit in den Bau- und Finanzausschuss zu verweisen. Der Bau- und Finanzausschuss soll eine Formulierung erarbeiten.

**GV 06/15/08****Abstimmungsergebnis:**

Ja - Stimmen:	7	
Nein - Stimmen:		0
Stimmenthaltung:	0	

Herr Harms war bei dieser Abstimmung ausgeschlossen/befangen

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 17

**Beratung und Beschluss der GV Steinfeld über den weiteren Verfahrensweg der Gemeinde für eine neue Gemeindestruktur - Info des Bürgermeisters über den aktuellen Stand****Vorlage: BV/HAU/015/2008**

Der Bürgermeister berichtet über den aktuellen Stand der Verhandlungen. Gespräche gab es in den Gemeinden Broderstorf und Sanitz.

Am Montag fand eine Gesprächsrunde mit der uRAB statt. Einige Stadtumlandgemeinden, wie Broderstorf, Roggentin und Bentwisch kommen als Fusionspartner der Hansestadt Rostock in Frage.

Die Gemeinden Broderstorf und Bentwisch haben sich zu einer Gebietsänderung bereits positioniert, Roggentin bislang noch nicht.

Die Gemeinde Thulendorf wird in der nächsten Gemeindevertretersitzung darüber beraten.

Es gab auch Gespräche mit Gemeinden über die Amtsgrenzen hinaus.

Die Gemeinde Steinfeld sollte sich nicht konkret für einen Fusionspartner entscheiden, sondern sich ein „Hintertürchen“ offen halten. Dies gewährleistet der Beschlussvorschlag.

Die Fusionsgespräche sollen durch bestimmte Personen geführt werden.

Ein Gemeindevertreter macht auf den gefassten Beschluss aufmerksam, danach sollten Gespräche mit den umliegenden Gemeinden geführt werden und das Ergebnis in einem Abschlussbericht dargestellt werden.

Weiterhin wird geäußert, dass in der Übersicht über die Gespräche einige Punkte unklar sind.

Es ist zu unterscheiden zwischen Verhandlungen und Gesprächen, nun folgen die Ver-

handlungen.

Ein Gemeindevertreter fragt nach dem Wandel der ablehnenden Haltung einiger Gemeinden.

Weiterhin wird geäußert, dass die gewählten Vertreter lt. Kommunalverfassung befugt sind zu entscheiden.

Ein Gemeindevertreter erläutert den Ablauf; der Zeitplan muss eingehalten werden, daher sind konkrete Beschlüsse erforderlich.

Weiterhin wird durch einen Gemeindevertreter die Einwohnerbeteiligung - nach Auswertung der Gespräche - gefordert.

Der Bürgermeister erklärt, dass ein Bürgerentscheid und die Einwohneranhörung differenziert zu betrachten sind.

Es wird klargestellt, dass die ausgehändigte Übersicht lediglich ein Zwischenbericht war, deshalb muss nun verhandelt werden.

Weiterhin äußert ein Gemeindevertreter, dass eine Bürgerbeteiligung noch nicht zeitgemäß wäre.

Die Ergebnisse der Verhandlungen sollten in einer Sondersitzung beraten werden.

**Beschluss:**

**Beschluss Nr. 1:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt auf ihrer Sitzung am 15.10.2008 die Aufnahme von offiziellen Verhandlungen mit der Gemeinde **Broderstorf** zum möglichen Zusammenschluss.

Die Verhandlungen werden vom Bürgermeister sowie weiteren Gemeindevertretern entsprechend der Teilnehmerzahl der Gemeinde Broderstorf geführt. Seitens der Gemeinde Broderstorf liegt ein gleich lautender Beschluss vor.

**GV 06/16/08**

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Stimmenthaltung

**Beschlussvorschlag Nr. 2:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt auf ihrer Sitzung am 15.10.2008 die Aufnahme von offiziellen Verhandlungen mit der Gemeinde **Sanitz** zum möglichen Zusammenschluss.

Die Verhandlungen werden vom Bürgermeister sowie weiteren Gemeindevertretern entsprechend der Teilnehmerzahl der Gemeinde Sanitz geführt. Seitens der Gemeinde Sanitz liegt ein gleich lautender Beschluss vor.

**GV 06/17/08**

**Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

1 Stimmenthaltung

**Beschlussvorschlag Nr. 3:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt auf ihrer Sitzung am 15.10.2008 den Bürgermeister zu ermächtigen mit weiteren interessierten Gemeinden der Umgebung Gespräche zu führen, mit dem Ziel, diese Gemeinden in mögliche Zusammenschlüsse einzubeziehen.

**GV 06/18/08**

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Stimmenthaltung

Auf die Vorlage, welche allen Gremiumsmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

zu 18

**Verschiedenes**

**18.1 Kaufantrag - Herr xxx, Fienstorf**

Der Bürgermeister bittet um Zustimmung zum Verlauf einer ca. 13 m großen<sup>2</sup> Teilfläche (Lage: links Richtung Ortsausgang; zwischen xxx vor dem Holzhaus).

Die Zäune sind gerade durchgezogen. In der Vergangenheit gab es in der Nachbarschaft bereits einen Pachtvertrag. Ziel ist es die Grundstücke zu begradigen.

Die Vermessungskosten trägt der Käufer. Ziel sollte es sein den Baulandpreis zu erreichen.

Sollte Fam. xxx ebenso einen Kaufantrag stellen, so ist der Bürgermeister berechtigt den Verkauf zu zustimmen.

**Beschluss:** Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld erteilt in ihrer Sitzung am 15.10.2008 die Zustimmung zu o.g. Verkauf (ggf. auch an Familie xxx).

**GV 06/17/08**

Abstimmung:

8 x ja

0 x nein

0 x Enthaltung

**18.2 Kaufantrag - Familie xxx**

Der Bürgermeister gibt Erläuterungen zum Kaufantrag.

Einige Gemeindevertreter teilen mit, dass dieser Tagesordnungspunkt Inhalt des Nichtöffentlichen Teils ist.

**18.3 Bericht - Amtsausschuss**

Es wird hinsichtlich der Pflicht des Amtes zur Weiterleitung der eingehenden Bescheide informiert. Im November 2005 ist ein Bescheid eingegangen. Es erfolgte keine Weiterleitung, da das Amt davon ausging, dass der Bescheid rechtens sei.

Der Amtsausschuss hat festgestellt, dass die Gemeinden ein Widerspruchsrecht haben und die Bescheide den Gemeinden vorgelegt werden müssen. Eine Prüfung des Be-

scheides durch die Rechnungsprüfung war nicht mehr möglich, da der Bescheid 2005 eingegangen ist.

Der Bürgermeister gibt ergänzende Informationen zu dieser Thematik.

Nichtöffentlicher Teil

Der Bürgermeister beendet die Sitzung um 22:25 Uhr.

---

Bürgermeister/Ausschussvorsitzender

---

Protokollant